

Beschluss von Weißwasser Strukturwandel in der Lausitz endlich anpacken - konkret und zukunftsorientiert

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351 / 493 48 00
Telefax: 0351 / 493 48 09

gruene-fraktion@slt.sachsen.de

Dresden, den 10. August 2017

Anfang August 2017 haben sich hier in Weißwasser die Ministerpräsidenten von Sachsen und Brandenburg, Stanislaw Tillich und Dietmar Woidke getroffen, um sich zur Zukunft der Lausitz zu äußern.

So deutlich wie nie zuvor wurde von Seiten des sächsischen Ministerpräsidenten vom Kohleausstieg als einer vom Bund beschlossenen Tatsache gesprochen.

Der Ministerpräsident argumentiert unredlich – seine Strategie, die Klimaschutzziele zu revidieren, ist gescheitert

Doch es ist unredlich, den Eindruck zu vermitteln, als sei man von einer unvorhersehbaren, willkürlichen Entscheidung überrascht worden, die da jüngst aus Berlin über die Region verhängt worden sei.

Drei aufeinander folgende Bundesregierungen in Folge haben die Klimaschutzziele, auf nationaler Ebene bis zum Jahr 2020 die CO₂-Emissionen um 40 % und bis 2030 um 55 % gegenüber dem Jahr 1990 zu senken, klar bekräftigt. So war jedem, der rechnen kann, seit über einem Jahrzehnt klar: der nationale Kohleausstieg muss 2020 in Gang gekommen und bis 2030 weitgehend abgeschlossen sein. Das ergibt sich zwangsläufig aus den anders nicht erreichbaren Reduktionszielen und wird durch die bundesgesetzlichen Ausbauziele für den Anteil erneuerbarer Energien noch zusätzlich untermauert.

Die CDU/SPD-Staatsregierung in Sachsen tat dennoch nichts zur Unterstützung der Regionen im Kohleausstieg. Sie lehnte jede Forderung aus der GRÜNEN Opposition, dafür endlich Konzepte zu entwickeln und Mittel im Landeshaushalt vorzusehen, ab. Dabei ignorierte sie das Thema nicht nur, sondern sie behauptete

wieder und wieder, dass es sich dabei überhaupt nicht um ein relevantes Thema handele – und zwar auf Sicht vieler Jahrzehnte.

Wir werfen der Staatsregierung vor allem vor, dass dies nicht einfach ein Versäumnis war. Es war vielmehr Teil ihrer gescheiterten Strategie, sich nicht etwa auf Wege zur Erreichung, sondern auf Wege zur Revidierung der nationalen Klimaschutzziele zu konzentrieren.

Durch die Blockade der Staatsregierung wurde viel Zeit verloren

Jede Verzögerung, jedes Aussitzen hat wichtige Weichenstellungen verhindert – längst hätte eine Umstrukturierung der Wirtschaft beginnen können. Fahrlässigkeit ist noch die diplomatischste Bezeichnung, welche die Menschen in der Region nicht nur Unsicherheiten und Ängsten ausgesetzt hat, sondern auch wirtschaftliche Entwicklung und Wertschöpfung in anderen Bereichen regelrecht verhindert hat.

Weder der Vattenfall-Ausstieg noch die völkerrechtlich verbindliche Unterzeichnung des Pariser Klimaschutzabkommens oder die konkreten Ziele des nationalen Klimaschutzplanes 2050 brachten die Staatsregierung dazu, ihrer Verantwortung für eine realistische Zukunftsplanung in der Lausitz nachzukommen. Trotz völlig veränderter Rahmenbedingungen hielt sie an ihren Zielstellungen fest, Sachsen noch für viele Jahrzehnte an die Braunkohle zu binden, indem neue Tagebaue zugelassen und dafür hunderte von Menschen umgesiedelt werden sollten. Es bedurfte erst der Entscheidung des Lausitzer Kohleunternehmens LEAG selbst, welches die neuen Fakten zur Kenntnis nahm und die hochfliegenden Kohleträume in Dresden mit dem spitzen Bleistift der Geschäftsplanung beendete. Erst die Entscheidung des Unternehmens, auf Tagebauerweiterungen weitgehend zu verzichten, brachte die Staatsregierung näher an den Boden der Realität und bremste ihren klima- und energiepolitischen Amoklauf.

Es ist nicht ehrlich, sich nun übergangslos zum Interessenvertreter der Lausitz als angeblichem Opfer willkürlicher, kurzfristiger Bundesentscheidungen zu erklären. Wichtige Zeit für die Lausitz ging vielmehr deshalb verloren, weil es die Staatsregierung jahrelang ablehnte, über die Zeit nach der Braunkohle auch nur nachzudenken – denn dies hätte ihr Mantra von der jahrzehntelangen Zukunft der Braunkohleverstromung konterkariert.

Die Menschen engagieren sich für die Zukunft ihrer Region

Als Vattenfall die Entscheidung traf, sich mit Milliardenverlusten aus der Braunkohle zurückzuziehen – mit der Begründung, jeglicher Weiterbetrieb sei perspektivisch noch verlustbringender – brachte das die Staatsregierung nicht zum Umdenken. In der Lausitz jedoch sahen und verstanden viele Menschen bereits die Zeichen der Veränderung. Sie begannen, sich vor Ort selbst um die Zukunft der Region zu kümmern und sind in diesem Prozess heute viel weiter als ihre Regierung in Dresden.

Wir GRÜNE waren diejenigen, die verschiedene Akteure aller gesellschaftlichen Bereiche eingebunden und angehört haben – Strukturwandel ohne eine breite Beteiligung kann es für uns GRÜNE nicht geben!

Grüne Kreisverbände sowie Mandatsträgerinnen und Mandatsträger aus Kommunen, Kreisen, dem Landtag und dem Bundestag brachten sich in diesen Findungsprozess ein, entwickelten Ideenpapiere und stellten sie auf vielen Veranstaltungen zur Diskussion. Wir werden diesen Weg als Fraktion entschlossen weiter gehen.

Die ungewöhnlich rege Beteiligung der Menschen vor Ort zeigte: die Menschen haben verstanden, dass es jetzt darauf ankommt, sich einzubringen.

Gemeinsam mit dem Lausitzer Perspektiven e.V., dem Vertreter der European Climate Foundation, Greenpeace, des Kulturbereichs und der Zivilgesellschaft angehören, stoßen wir GRÜNE einen Leitbildprozess an, der sich nicht nur auf den Bereich der Wirtschaft beschränkt. Uns geht es darum, die Region zukunftsfähig aufzustellen – und Strukturwandel als das zu begreifen, was er ist: ein Prozess, der sich auf alle Bereiche der Gesellschaft auswirkt und den es deshalb zu gestalten gilt.

Nun drängt die Zeit. Bereits für die CO₂-Reduktionsziele des Jahres 2020 werden weitere Ausstiegsschritte in der Kohleverstromung erforderlich, die weit über die derzeit geplante „Braunkohlenreserve“ hinausgehen. Die Segmentziele im Energiebereich, die für das Jahr 2030 im nationalen Klimaschutzplan beschlossen wurden, lassen sich ohne ein weitgehendes Aus der Braunkohle bis 2030 nicht erreichen. Diese Ziele werden sogar noch weiter nachgeschärft werden, denn der

nationale Klimaschutzplan bleibt weit hinter den Reduktionszielen zurück, die sich als Konsequenz aus dem völkerrechtlich verbindlichen Pariser Klimaschutzabkommen ergeben. Obwohl die Staatsregierung inzwischen das Wort „Kohleausstieg“ benutzt, erweckt sie weiter den Eindruck, alle damit verbundenen Veränderungen lägen noch „Jahrzehnte“ in der Zukunft.

Es geht um viel mehr als um den Ersatz der Kohlearbeitsplätze

Der Bund wird Geld für die Region zur Verfügung stellen müssen. Das weckt Begehrlichkeiten. Es eröffnet aber auch die Chance, neue Wege zu gehen und Methoden von Beteiligung auszuprobieren.

Wir fordern die Staatsregierung auf, dass sie endlich ernsthaft in ihrem eigenen Verantwortungsbereich daran arbeitet, dass die Förderung des Bundes in Sachsen auf wirksame Förderinstrumente, effiziente, arbeitsfähige Strukturen und konkrete, startbereite Projekte treffen kann, anstatt in durchsichtiger Weise gar nicht bestrittene Förderung einzufordern.

Wir GRÜNE wollen neue Wege – zum Beispiel in Form eines Modellprojekts für Regionalbudgets. Die Mittel wollen wir nicht rein investiv verwenden, weil wir die Situation kommunaler Haushalte kennen und die mit jeder Investition einhergehenden Abschreibung sowie Erhaltungskosten. Wir wollen die Förderung von Köpfen und Talenten, Ideen und sozialen Innovationen. Wir wollen auch ein Scheitern ermöglichen, denn dadurch werden wertvolle Erfahrungen gesammelt. Wir wollen Risikokapital für Wertschöpfung – zum Beispiel mittels einer Stiftung. All das braucht Beständigkeit und finanzielle Zuverlässigkeit.

Es geht nicht nur um den Ersatz von Kohlearbeitsplätzen. Es geht um weit mehr. Denn die Demografie warnt vor einer ernsten Bedrohung für die Zukunftschancen der Region: schon jetzt fehlen in der Lausitz Fachkräfte in vielen Branchen. Insbesondere Zukunftsbranchen haben aber nur dann eine wertschöpfende Chance in der Region, wenn sie Fachkräfte finden.

Die Aufgabe ist deshalb größer als die zweifellos wichtige Absicherung von heute noch in der gesamten Lausitz etwa 8.000 in der Kohle Beschäftigten. Die Region braucht eine Attraktivitätsoffensive, um Menschen dort zu halten oder sogar eine neue Heimat zu bieten.

Darauf sind folgende Schlüsselprojekte für Wirtschaft und Infrastruktur ausgerichtet, für die sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag stark macht:

Grüne Schlüsselprojekte für Wirtschaft und Infrastruktur für die Zukunft der Region Lausitz

1. Umfassenden Leitbildprozess fördern – Zivilgesellschaft beteiligen, Ergebnisse ernsthaft einbinden!

Wir erwarten, dass ein Leitbildprozess für die Region folgende Punkte umfasst:

- Potenziale der Zivilgesellschaft nutzen – Mitbestimmung in allen Phasen zulassen, ermöglichen und Ergebnisse transparent darstellen; eine Teilnahme auf Augenhöhe muss allen Menschen ermöglicht werden. Die Frage, wie die Menschen sich Zukunft in ihrer Heimatregion vorstellen, muss leitend sein.
- Akteure jenseits von Wirtschaft und Politik beteiligen – auch Kinder und Jugendliche müssen Gehör finden
- Das Klimaabkommen von Paris als Ausgangspunkt für den Strukturwandel begreifen und ansetzen
- Wissenschaftlichen Sachverstand einbinden und erfahrene Moderatoren für den Prozess ins Boot holen
- Die Nachbarn aus Polen und Tschechien an den Tisch holen

2. Elektrifizierungsprogramm für die Schieneninfrastruktur als vordringlich einordnen!

Die zentralen Lausitzer Schienenachsen in Nord-Süd und in West-Ost Richtung, die Bahnstrecken Cottbus-Görlitz-Zittau und Dresden-Görlitz sind nicht elektrifiziert. Sowohl für den Güterverkehr als auch Personenverkehr ist eine solche Aufwertung von großer verkehrlicher und strukturpolitischer Bedeutung. Der Fahrdraht ist die infrastrukturelle Voraussetzung für den Wiederanschluss der Lausitz an den Fernverkehr. Die Elektrifizierung von Dresden nach Görlitz ist die längst fällige Antwort auf die bereits erfolgte Elektrifizierung der Strecke von Wrocław bis nach Węglińec bzw. der in Planung befindlichen Verlängerung nach Görlitz von

polnischer Seite. Für die ansässigen Unternehmen bietet die elektrifizierte Strecke von Cottbus nach Görlitz und weiter nach Zittau erhebliche wirtschaftliche Potentiale und sichert ihre Wettbewerbsfähigkeit. Die Ausbauvorhaben müssen deshalb in den „Vordringlichen Bedarf“ des Bundesverkehrswegeplans 2030 eingeordnet werden.

3. Die Lausitz an das Fernverkehrsnetz anschließen!

Mit der Konzentration des Fernverkehrs der Deutschen Bahn auf Metropolen verlor Görlitz im Dezember 2004 seine letzten Fernverkehrszüge in der Relation Dresden–Wrocław. Ende 2014 wurde der EuroCity „Wawel“ zwischen Berlin und Wrocław eingestellt. Die Lausitz ist vom Fernverkehr abgekoppelt, heute verkehren auf diesen Strecken nur Sonderzüge an Wochenenden oder Regionalzüge. Mit der Fertigstellung des Ausbaus der „niederschlesische Magistrale“ besteht eine durchgehende elektrifizierte Verbindung von Berlin über Cottbus und weiter über die „niederschlesische Magistrale“ nach Wrocław. Um die verkehrliche Erreichbarkeit der Lausitz zu verbessern und die grenzüberschreitende Mobilität zu fördern, muss die EuroCity-Verbindung zum Fahrplanwechsel im Dezember 2018/19 wiederaufgenommen werden.

4. Die Lausitz als Energieregion – Kompetenzregion für die Energiewende!

Die Lausitz ist eine Energieregion. Sie soll es auch beim schrittweisen Kohleausstieg bleiben. Dienstleistungen für System- und Netzstabilität werden in der Energiewende ein gefragtes Gut. Der Lausitzer Kompetenzschatz in Energiewirtschaft und Chemie sowie ausgebaute Übertragungsnetze sind gute Voraussetzungen, solche Dienstleistungen gerade durch Investitionen in der Lausitz zu entwickeln. Saubere Regelleistung und Reservekapazität auf allen Ebenen, vom elektrischen Speicher für die Netzstabilisierung bis zur großskaligen Power-to-Gas-Installation als sichere Reservekapazität sind notwendige Projekte, die in die Lausitz gehören. Die Synergien von Power-to-Gas-Technologien und klimaneutraler Chemie öffnen gleichzeitig dem Chemiestandort neue Perspektiven. Pilotprojekte müssen schnell starten und in eine Schwerpunktsetzung in Industrie- und Forschungsclustern münden. Der Infrastrukturaufbau bietet beste Voraussetzungen dafür, in einer Lausitz-Modellregion marktfähige Kompetenz für virtuelle Kraftwerke und intelligente Netze zu entwickeln. Die Bandbreite der sich damit bietenden Chancen für neue und bereits etablierte Unternehmen reicht über alle Branchen.

5. Post-Mining-Kompetenzzentrum als Verbundprojekt der Lausitzer Hochschulen aufbauen!

Bei der Sanierung der DDR-Bergbaufolgen sind Milliarden in die Lausitz geflossen. Viele große, langwierige Folgeprobleme des Braunkohletagebaus mussten hier erstmals angepackt werden. Diesen Erfahrungsschatz gilt es zu bündeln, anwendungsbezogen weiterzuentwickeln und wissenschaftlich zu fundieren. In Europa, aber auch weltweit wächst am Ende des Kohlezeitalters die Zahl der ehemaligen Reviere und damit von Kunden für Know-how zur Bergbaufolgenbewältigung. Ein leistungsfähiges Zentrum für Post-Mining-Kompetenz als Verbundprojekt der Lausitzer Hochschulen in Sachsen und Brandenburg und der regionalen Forschungslandschaft soll in Kooperation mit dem Umweltforschungszentrum (UFZ) und den Bergämtern umgehend ins Leben gerufen und schnell in der notwendigen inhaltlichen Breite arbeitsfähig werden. Dabei entstehen hoch qualifizierte Arbeitsplätze und exzellente Gründungs- und Wachstumsbedingungen für Unternehmen der Umwelttechnologien.

6. Industriecluster Fahrzeugbau/Leichtbau/Elektromobilität aufbauen

Die Lausitz hat eine lange Tradition und hohe Fachkompetenz im Fahrzeugbau. Nicht nur der Schienenfahrzeugbau prägt das industrielle Profil der Lausitz, in den letzten 25 Jahren haben sich zahlreiche Automobilzulieferbetriebe angesiedelt. So wurde zum Beispiel in Kamenz die industrielle Entwicklung von modernen Lithium-Ionen-Speichern betrieben. In den nächsten zehn Jahren wird sich der automobiler Sektor durch automatisiertes Fahren, die Elektromobilität und vernetzte Mobilität tiefgreifend verändern. Diese Veränderungen sind eine Herausforderung und Chance zugleich. Wir wollen mit einer fokussierten Wirtschaftsförderung in der Lausitz ein Industriecluster für die Bereiche Fahrzeugbau, Leichtbau und Elektromobilität aufbauen. Durch die bereits ansässigen Unternehmen, die Flächenverfügbarkeit in der Lausitz und die auf diese Technologien spezialisierte Hochschul- und Forschungslandschaft insbesondere durch Anbindung an die Region Dresden sind dafür Rahmenbedingungen vorhanden, um neue Wertschöpfungspotentiale zu erschließen.

7. Innovationslotsen als Mittler für einen Know-how-Transfer zwischen Hochschulen und Unternehmen einsetzen!

Kleine und mittlere Unternehmen sind die starke Basis in der Lausitz. Etwa 90 Prozent der Unternehmen haben weniger als zehn Beschäftigte. Der gewerbliche Mittelstand ist innovativ und auch international wettbewerbsfähig. Es fehlen aber stabile Strukturen für den Innovations- und Technologietransfer zwischen den Hochschulen, der Berufsakademie, Forschungsinstituten und den klein- und mittelständischen Unternehmen. Wir wollen, dass die Unternehmen mit guten Forschungs- und Entwicklungskonzepten wachsen. Der Wissenstransfer von den Hochschulen und der Berufsakademie muss dafür professionell gemanagt werden. Ähnlich wie die Wirtschaftslotsen bei Unternehmensansiedlungen wollen wir an den Hochschulen "Innovationslotsen" etablieren, als Mittler zwischen beiden Welten. Als Anlaufstelle für Unternehmen beraten sie diese vor Ort in der jeweiligen Produktionsstätte.

8. Betriebsnachfolgen besonders fördern!

Die Sicherung und Gewinnung von Fachkräften wird die wirtschaftliche Perspektive der Lausitz wesentlich bestimmen. Kleinere Unternehmen haben heute bereits Probleme mit der fehlenden Betriebsnachfolge. In den nächsten Jahren stehen altersbedingt zahlreiche Betriebsübernahmen an. Wir wollen eine Gründerförderung, die sich an der Lebenswirklichkeit orientiert. Um Betriebsnachfolgen zu sichern, sollen Neueigentümerinnen und -eigentümer die Möglichkeit haben, anfallende Verluste bei der Betriebsübernahme steuerlich geltend machen zu können, wenn die Unternehmen fortgeführt werden und Arbeitsplätze erhalten bleiben.

9. Bewerbung für die Internationale Gartenschau/ Bundesgartenschau ab 2029

Mit dem Ausstieg aus der Braunkohle steht die Region vor der immensen Aufgabe, die Folgelandschaften zu rekultivieren und deren Bestimmungen in ein Gesamtkonzept vorhandener, zumeist touristischer, Nutzungen einzubinden. Sachsen hatte noch nie eine Bundesgartenschau. Eine Bewerbung der Region um Boxberg, Weißwasser, Bad Muskau für die BUGA 2033 kann einen entscheidenden Impuls für eine gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelte Landschaft geben. Auch hier wird die Bewerbung zum Instrument einer in hohem

Maße auf Bürgerbeteiligung ausgerichteten Verständigung der Menschen in der Region.

10. Zukunftsstiftung Lausitz gründen!

Die Entwicklung von Zukunftsperspektiven für die Lausitz kann nur mit einem breiten gesellschaftlichen Diskussionsprozess gelingen. Denn es ist ein Irrglaube anzunehmen, dass die Konzepte für den Strukturwandel allein in den höheren Politiketagen entwickelt werden können. Die Menschen sind die größte Ressource der Lausitz. Auf ihre Teilhabe zu setzen ist das politische Gebot der Stunde. Wir fordern daher unter Beteiligung der Zivilgesellschaft die Gründung einer Zukunftsstiftung Lausitz, die die Erarbeitung von Zukunftskonzepten und -projekten für die Bewältigung des Strukturwandels in der Lausitz anschiebt und koordiniert. Die Stiftung soll sich aus Mitteln der beiden Bundesländer, des Bundes, einem angemessenen Beitrag der Bergbaubetreiber, aus Geldern regionaler Unternehmen und privatem Kapital speisen.